Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 20. August 2012
Ausgabe 157
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› Glückwünsche für Professor Wilhelm Killmayer zum 85. Geburtstag 2
› Führung durch die Ausstellung „Typographie des Terrors“ 2
Antworten auf Stadtratsanfragen **4**
› Fahrradverbindung entlang der Heidemannstraße sicher gestalten! 4
› Neuperlach: Preissteigerungen bei der Fernwärme um 60 Prozent und deren Folgen 6
› Warum ist der Bodenbelag in der Stachus Passage immer noch nicht rutschfest? 9

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **11**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Achtung Redaktionen: Termin-Änderung
Dienstag, 21. August, 10.30 Uhr, Städtisches Krankenhaus München-Bogenhausen, Station 38, Englschalkinger Straße 77
(statt wie angekündigt Isartalstraße 6)
Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Irma Mosetti im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Meldungen

Glückwünsche für Professor Wilhelm Killmayer zum 85. Geburtstag
(20.8.2012) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Professor Wilhelm Killmayer zum bevorstehenden 85. Geburtstag: „'Ein einzelner Ton ist für mich etwas sehr Kostbares', haben Sie einmal gesagt und Ihre Musik spiegelt entsprechend eine intensive Auseinandersetzung mit einzelnen Tönen in ihrem jeweiligen Charakter und Ausdrucksspektrum wider. Als einen 'Tonkünstler' im wahrsten Sinn des Wortes könnte man Sie daher bezeichnen, dem immer daran gelegen war, eine Musik zu schaffen, die Gefühle und Empfindungen freizusetzen vermag. Fernab jeglicher Effekthascherei haben Sie damit ein großes Œuvre geschaffen, das unverwechselbar ist und mit zahlreichen – auch internationalen – Auszeichnungen bedacht wurde.
Neben Ihrer eigenen Kompositionstätigkeit war Ihnen auch die Förderung des musikalischen Nachwuchses immer ein besonderes Anliegen. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle herzlich danken. In Ihrer über 20 Jahre währenden Tätigkeit an der Münchner Musikhochschule haben Sie viele junge Menschen auf ihrem Weg in die Professionalität begleitet und sie zur Umsetzung ihrer eigenen kompositorischen Vorstellungen und Ideen ermutigt. Bis heute verfolgen Sie die Entwicklungen der zeitgenössischen Musik mit großem Interesse und Engagement.
Für die kommenden Jahre wünsche ich Ihnen eine stabile Gesundheit, persönliches Wohlergehen und weiterhin viele inspirierende Erlebnisse und Begegnungen."

Führung durch die Ausstellung „Typographie des Terrors"
(20.8.2012) Der Kurator Dr. Thomas Weidner führt am Donnerstag, 23. August, um 16 Uhr durch die Ausstellung „Typographie des Terrors. Plakate in München 1933 bis 1945" im Münchner Stadtmuseum,

St.-Jakobs-Platz 1. Die Führung geht auf die Gestaltung der Plakate im Nationalsozialismus ein und zeigt deren Funktion und Wirkungsweise. Als die „Hauptstadt der Bewegung“ bot München dem Nationalsozialismus von Anfang an ein ideologisches Zentrum. Exemplarisch spiegelt sich diese Bedeutung auf Plakaten wider, in denen die Person Hitlers, die Macht der NS-Diktatur und die Verheißungen der „Volksgemeinschaft“ ins Bild gesetzt wurden. Im Nationalsozialismus übernahmen nahezu sämtliche Plakate die Funktion von politischen Plakaten, die der Bevölkerung die Ziele und Wertvorstellungen der Machthaber ständig vor Augen führten. Sie sollten Ideologie sinnlich anschaulich und damit letztlich wirksam machen. Die Ausstellung zeigt über 100 Plakate aus unterschiedlichen Bereichen wie Politik, Kultur und Wirtschaft, die in München zwischen 1933 und 1945 zum Anschlag kamen.
Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseinstritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 20. August 2012

Fahrradverbindung entlang der Heidemannstraße sicher gestalten!
Antrag Stadträte Tobias Ruff und Klaus-Peter Rupp (SPD) vom 23.3.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO des Stadtrates dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Der Antrag hat zum Ziel, dass der nördliche Radweg entlang der Heidemannstraße zwischen Lützelsteiner Straße und Mattighofer Straße für den Zweirichtungsverkehr freigegeben wird und zur Erhöhung der Sicherheit unter der Autobahnunterführung ein Geländer zur Fahrbahn errichtet wird.

Das Kreisverwaltungsreferat als Straßenverkehrsbehörde trifft Maßnahmen auf öffentlichem Verkehrsgrund nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung.
Der Vollzug der Straßenverkehrsordnung ist eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.
Zu Ihrem Antrag vom 23.03.2012 - „Fahrradverbindung entlang der Heidemannstraße sicher gestalten!“ - führt das Kreisverwaltungsreferat Folgendes aus:

Die Freigabe des betreffenden Radwegabschnittes für den Zweirichtungsradverkehr erachten wir nach eingehender Prüfung aufgrund des Ziel- und Quellverkehrs der nördlich an die Heidemannstraße angrenzenden Wohnbebauung für sinnvoll.
Die Überprüfung hat jedoch ergeben, dass dieser Bedarf auch für den südlichen Bereich der Heidemannstraße im genannten Abschnitt besteht. Aus diesem Grund wird auch hier die Zulassung des Zweirichtungsradverkehrs für sinnvoll erachtet.
Da die Radverkehrsanlagen derzeit nicht die gesetzlichen Mindestvoraussetzungen für eine Freigabe für den gegenläufigen Radverkehr erfüllen, ist zur Umsetzung der genannten Maßnahme neben Beschilderungs- und Markierungsmaßnahmen zwingend eine bauliche Anpassung erforderlich.

Die Radwege müssen im betreffenden Abschnitt auf das gesetzliche Regelmaß von 2,50 m verbreitert werden.

Die notwendigen baulichen Maßnahmen werden vom Baureferat im Zusammenhang mit der Erneuerung der Heidemannstraße zwischen Lützelsteiner Straße und Freisinger Landstraße umgesetzt. Die Durchführung dieser Maßnahme ist für 2013 vorgesehen.
In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob die Errichtung eines Geländers zur Erhöhung der Sicherheit unter der Autobahnunterführung erforderlich ist.

Eine gemeinsame Führung von Fußgängern und Radfahrern kann u.a. deshalb nicht befürwortet werden, da die Heidemannstraße gerade im Bereich der Unterführung ein solches Gefälle aufweist, dass der Radverkehr mit deutlich höherer Geschwindigkeit unterwegs ist und damit ein erhebliches Gefährdungspotenzial für den Fußgänger besteht.
Darüber hinaus soll innerorts der Fußgänger- und Radverkehr nur dort gemeinsam geführt werden, wo dies aus Verkehrssicherheitsgründen erforderlich und auch vertretbar ist.

Wir bitten von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass der Antrag damit beantwortet ist.

Neuperlach: Preissteigerungen bei der Fernwärme um 60 Prozent und deren Folgen
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 31.5.2012

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 31.05.2012 hinterfragen Sie aufgrund von Heizkostenabrechnungen mögliche Preissteigerungen beim Fernwärmebezug.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH (SWM) fallen. Auf Basis einer Stellungnahme der SWM können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der SWM:
Der Anfragesteller behauptet, aus der Heizkostenabrechnung 2011 für eine Neuperlacher Wohnung eine angebliche Erhöhung des Fernwärmepreises um über 60 Prozent errechnet zu haben. Diese Behauptungen sind falsch. Es gibt keine 60-prozentige Steigerung bei der Fernwärme.

Frage 1:
In einer Heizkostenabrechnung des Heizkostenverteilers BFW für ein Anwesen mit über 200 Bewohnern in der Albert-Schweitzer-Str. 65 wird für 2010 ein Fernwärmepreis für 1 MWh 68,56 Euro ausgewiesen. Für das gleiche Anwesen für 2011 mit einem Preis für 1 MWh von 109,95 Euro berechnet. Das ist eine Preissteigerung von 60 Prozent. Wie sind diese Zahlen aus Sicht der SWM zu bewerten?

Antwort der SWM:
Die für 2011 um 60 Prozent gestiegene Heizkostenabrechnung des betreffenden Mieters in der Albert-Schweitzer-Str. 65 hat nichts mit der tatsächlichen Steigerung der Fernwärmepreise zu tun. Vielmehr hat die Hausverwaltung des Mieters im Jahr 2011 nicht lediglich 12 Verbrauchsmonate, sondern
18 Verbrauchsmonate abgerechnet. Damit erklärt sich logischerweise die gestiegene Heizkostenabrechnung.

Frage 2:
Für die Wohnanlage in der Thalkirchner Str. 88 beträgt der Fernwärmepreis (Heißwasser) für 2010 73,66 Euro/MWh und 2011 immerhin 106,76 Euro/MWh. Das ist eine Steigerung von 43,5 Prozent. Wie sind diese Zahlen aus Sicht der SWM zu bewerten?

Antwort der SWM:
Die Steigerung des Durchschnittspreises im Anwesen Thalkirchner Str. 88 ergibt sich dadurch, dass dort im Abrechnungsjahr 2011 deutlich weniger Energie bezogen wurde (minus 46 Prozent). Dies führt bei gleichbleibendem Anschlusswert und annähernd gleichem Grundpreis zu einer Erhöhung des berechneten Durchschnittspreises. Selbst bei gleichbleibenden Fernwärmepreisen würde der Durchschnittspreis, der sich aus Arbeits- und Grundpreis berechnet, bei diesen verminderten Abnahmemengen ansteigen. So ist auch zu erklären, dass die Gesamtkosten trotz des erhöhten Durchschnittspreises von 46.717 Euro im Jahr 2010 auf 36.352 Euro im Jahr 2011 und damit um 22 Prozent gesunken sind.

Frage 3:
Welches ist die Ursache der unterschiedlichen Preissteigerungen zweier etwa gleich großer Wohnanlagen in Ludwigsvorstadt und Neuperlach?

Antwort der SWM:
Die unterstellten Preissteigerungen treffen nicht zu. Auf die Ausführungen zu den Fragen 1 und 2 darf verwiesen werden.

Frage 4:
Entspricht der Fernwärmepreis für die Wohnanlage in der Albert-Schweitzer-Straße 65 dem aller großen Fernwärmekunden in Neuperlach?

Antwort der SWM:
Der behauptete, gestiegene Fernwärmepreis für das Anwesen in der Albert-Schweitzer-Str. 65 ist nicht zutreffend, siehe Ausführungen zu Frage 1.

Frage 5:
Wie beurteilen der Oberbürgermeister und der Geschäftsführer der SWM und vormalige Vorsitzende des Mietervereins Preissteigerungen von 45 - 60 Prozent bei der Fernwärme unter sozialen Gesichtspunkten?

Antwort:
Die behaupteten Preissteigerungen existieren nicht, siehe obige Ausführungen. Eine Beantwortung der Frage ist daher obsolet.

Frage 6:
Wie würden der Oberbürgermeister und der Geschäftsführer der SWM dem Argument entgegen, dass im Rahmen der Preispolitik für Fernwärme die Monopolstellung der Werke dem Zwecke der Gewinnmaximierung diente?

Antwort:
Die behaupteten Preissteigerungen existieren nicht, siehe obige Ausführungen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Energiepreise bei der Fernwärme im Wesentlichen nach der Energiepreisentwicklung (Kohle und Heizöl) auf den Weltmärkten richten, auf die die SWM keinen Einfluss haben. Die maßgeblichen Kohle- und Heizölnotierungen stiegen von 2010 auf 2011 um durchschnittlich rund 25 Prozent. Die Steigerungen bei den Fernwärme-Arbeitspreisen lagen jeweils darunter. Der Grundpreis blieb annähernd gleich.
Die Fernwärme steht in einem natürlichen Wettbewerb zu anderen Energiearten. Die Hausbesitzer entscheiden sich freiwillig aufgrund der vielfältigen Vorteile für eine Versorgung ihrer Immobilien mit Fernwärme. Und die Nachfrage gerade von Seiten der Wohnungswirtschaft, Industrie und Gewerbe nach einem Anschluss an die Fernwärme ist sehr hoch. Im letzten Jahr verzeichneten die SWM mit über 90 MW erneut einen Anschlussrekord, was dem Anschlusswert von rund 18.000 Wohnungen entspricht. Darunter waren auch viele Kunden, die von Erdgas zur Fernwärme umgestiegen sind. Dies belegt, wie wettbewerbsfähig die Fernwärme ist.

Warum ist der Bodenbelag in der Stachus Passage immer noch nicht rutschfest?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 12.7.2012

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 12.07.2012 hinterfragen Sie erneut den Bodenbelag im Stachus-Untergeschoss.

Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in die Zuständigkeit der Einkaufszentrum Stachus München GmbH (ESM), einer Tochtergesellschaft der LBBW Immobilien GmbH, fallen. Die Stadtwerke München GmbH hat Ihre Fragen in Abstimmung mit der ESM wie folgt beantwortet:

Frage 1:
Wieso dauert die Sanierung des Bodens so lange?

Antwort der ESM:
„Um eine dauerhafte Lösung für die Risseproblematik zu finden, wurden in den zurückliegenden Monaten verschiedene Mustersanierungen vorgenommen. Diese mussten längere Zeit liegen, um die Dauerhaftigkeit der jeweiligen Sanierungsmethode zu testen. Die Ergebnisse waren zunächst allesamt nicht zufriedenstellend, so dass nach weiteren Sanierungsmethoden gesucht werden musste. Auch diese waren dann zunächst einem Langzeittest unterzogen.
Eine Musterfläche brachte schließlich den gewünschten Erfolg. Diese wurde – in Abstimmung mit den Gutachtern – im April 2012 als Sanierungsmethode für den gesamten Boden verabschiedet.
Um die Dauerhaftigkeit der Risse-Sanierung zu gewährleisten ist es leider zwingend erforderlich die Sanierung in der kälteren Jahreszeit, ab Oktober 2012, durchzuführen. Hierbei wird die gesamte Oberfläche des Bodens nochmals überarbeitet."

Frage 2:
Wurde der Bodenbelag im Stachus von einem TÜV abgenommen?

Frage 2 a:
Wenn ja, hat der TÜV es verschlafen, auf die eklatanten Mängel hinzuweisen?

Antwort der ESM zu den Fragen 2 und 2 a:
„Die Rutschfestigkeit des Bodens wurde über das Prüfverfahren auf der schiefen Ebene nach DIN 51130 nachgewiesen und vom Prüfinstitut bestätigt."

Frage 3:
Sind der LH München oder LBBW Immobilien GmbH Fälle bekannt, bei denen Bürger/innen aufgrund des Bodenbelags hinfielen und sich verletzten?

Antwort der ESM:
„Seit Beendigung der Umbauarbeiten im Mai 2011 sind der ESM zwei Fälle gemeldet worden, bei denen Personen ausgerutscht sind. Diese Fälle werden gegenwärtig geprüft. An den kritischen Stellen (Zu- und Abgänge, an denen sich das Wasser gesammelt hat) wurden umgehend Maßnahmen (Rutschhemmstreifen) zur Verbesserung der Rutschfestigkeit des Bodens umgesetzt. Diese waren zielführend, denn seither sind keine weiteren Fälle bekannt."

Frage 4:
Entstehen den Stadtwerken München, die ja die LBBW Immobilien GmbH mit der Sanierung beauftragt haben, durch diese Verzögerung zusätzliche Kosten?

Antwort der SWM:
Den Stadtwerken München entstehen durch die vorgesehene Sanierung keine Kosten.

Frage 5:
Können die Maßnahmen für den rutschfesten Boden im Stachus nicht vorgezogen werden?

Antwort der ESM:
„Wie zu Frage 3 bereits ausgeführt, wurde die Verbesserung der Rutschfestigkeit bereits vorgezogen bzw. umgehend umgesetzt.

Die nach der Wiesn 2012 geplante Sanierung, gemäß Antwort zu Frage 1, hat im Wesentlichen eine Verbesserung der Rissproblematik und der Dichtigkeit des Bodenbelages (= Erscheinungsbild) zum Ziel."

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 20. August 2012

Warum können freie Stellen – gerade in Mangelberufen – in städtischen Referaten nicht schneller besetzt werden?
Anfrage Stadtrat Alexander Reissl (SPD)

Recyclingbaustoffe
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU)

Lehrer mit Migrationshintergrund an Münchner Schulen – Zahlen, Perspektiven
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

München, den 20.08.2012

Warum können freie Stellen - gerade in Mangelberufen - in städtischen Referaten nicht schneller besetzt werden?

Anfrage:

Die SPD- Stadtratsfraktion ist daran interessiert, offene Stellen in den städtischen Referaten zeitnah nach der Ausschreibung zu besetzen. Die schnelle Gewinnung von Personal ist gerade in Mangelberufen unabdingbar. Es geht darum, geeignete und ausgewählte Kandidatinnen und Kandidaten frühzeitig zu informieren, damit diese zur Stadt München kommen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass es von der Ausschreibung bis zur Stellenbesetzung bis zu 6 Monaten dauern kann. Die Folge kann sein, dass interessierte Kandidaten/-innen sich inzwischen für einen anderen Arbeitgeber entschieden haben. Als Beispiel eines langwierigen Besetzungsverfahrens seien hier genannt die jüngsten Ausschreibungen bzw. Einstellungen im Referat für Gesundheit und Umwelt/Gesundheitsvorsorge, wo Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin auf dem Arbeitsmarkt aktuell sehr gefragt sind und deshalb eine schnelle Einstellung im Interesse der Stadt München erfolgen sollte.

Deshalb bittet die SPD-Stadtratsfraktion die Stadtverwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie lange ist die durchschnittliche Dauer eines Besetzungsverfahrens und welche längsten Besetzungszeiten sind dokumentiert?
2. Wie sind die Instanzen und Verfahrenswege bei einer Einstellung?
3. Wie kann das Besetzungsverfahren verbessert und beschleunigt werden?

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Hans Podiuk

ANFRAGE
20.08.2012

Recyclingbaustoffe

Auf Anträge der CSU hin hat der Bauausschuss im September 2011 beschlossen, die Entwicklung der Einsatzfähigkeit von recyceltem Asphalt für München weiter zu verfolgen.

Neben Asphalt gibt es eine Reihe anderer Baustoffe, die in recycelter Form eingesetzt werden können: Beton, Schotter, Ziegelsplit, um nur einige zu nennen. Anwendungsmöglichkeiten liegen im Straßen-, Wege- und Verkehrsflächenbau, aber auch im Hoch- und Tiefbau sowie im Erdbau.

Daher frage ich:

1. Welche Erkenntnisse hat das Baureferat über diese Recyclingbaustoffe und ihre grundsätzliche Verwendungsfähigkeit?

2. Werden in München bereits solche Baustoffe verwendet, wenn ja, wie sind die Erfahrungen?

3. Wenn nein: Lassen sich die Recyclingmaterialien in München einsetzen?

4. Lassen sich damit Kosten einsparen?

Hans Podiuk, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
20.08.2012

Lehrer mit Migrationshintergrund an Münchner Schulen – Zahlen, Perspektiven

Die hessische SPD forderte jetzt „im Sinne der Integration“ mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an hessischen Schulen. Diese könnten als „Mittler zwischen den Kulturen und Vorbilder für die Schüler dienen“, heißt es in einem dieser Tage vorgestellten Thesenpapier der Hessen-SPD. Das Thema ist auch für die bayerische Landeshauptstadt interessant, deren Einwohner zu rund einem Drittel Menschen mit „Migrationshintergrund“ sind; bei den unter 18jährigen sind es gar bereits 50 % (nach: http://www.via-bayern.de/NIB/themen03.html). Es ergeben sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie hoch ist der Anteil von Lehrern mit „Migrationshintergrund“ an Münchner städtischen Schulen gegenwärtig? Wie hoch im einzelnen an a) Grundschulen, b) Realschulen, c) Gymnasien, d) Förderschulen, e) berufsbildenden Schulen?

2. Die LHM bemüht sich – im Rahmen des Konzepts der „interkulturellen Öffnung“ – massiv, den Anteil etwa von Auszubildenden mit „Migrationshintergrund“ im Bereich der städtischen Verwaltung zu erhöhen. Inwieweit hielte es die Stadt für sinnvoll, in entsprechender Weise an den Münchner Schulen den Anteil von Lehrern mit „Migrationshintergrund“ zu erhöhen? Welche Bemühungen werden unternommen?

3. Seit 2009 gibt es das vom Sportamt, der Münchner Sportjugend, dem Bayerischen Landessportverband (BLSV) und der Stelle für interkulturelle Arbeit getragene Projekt „Integration durch Sport“. Dabei sollte in der ersten Projektphase die Hälfte der sportpädagogischen Multiplikator/innen einen „Migrationshintergrund“ besitzen. Wie hat sich das Projekt seit 2009 entwickelt, insbesondere: wie viele Multiplikator/innen konnten seither ausgebildet werden? Wie viele Münchner Sportvereine beteiligen sich derzeit an dem Projekt?

Karl Richter, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: karl.richter@web.de I www.auslaenderstopp-muenchen.de